

<b>Zeitschrift:</b>	Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
<b>Herausgeber:</b>	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
<b>Band:</b>	46 (1954)
<b>Heft:</b>	7-8
<b>Artikel:</b>	Der Zusammenbruch der ostzonalen Gewerkschaftspolitik : zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der Ostzone
<b>Autor:</b>	Bardach, M.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-353649">https://doi.org/10.5169/seals-353649</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

kurrenz, seit Gründung des Staates aber um völlige Gleichberechtigung ohne Ansehen der Nationalität. Gesetzlich erreichte sie das Prinzip des gleichen Lohnes. Im staatlichen Sektor – Lehrer, Polizisten und Beamte aller Grade – wurde es bereits durchgeführt. Auch bei Facharbeitern besteht praktisch kein Unterschied mehr. Weit ungünstiger ist die Situation der arabischen ungelernten Arbeiter. Jüdische Unternehmungen zahlen ihnen, soweit die amtlichen Stellenvermittlungen nicht beansprucht werden, 70 Prozent des Normallohnes. In Dörfern drücken die arabischen Großgrundbesitzer ihre eigenen Landsleute, sogar auf 50 Prozent bei katastrophalen Wohnbedingungen. Es gibt kein ernstliches arabisches Arbeitslosenproblem in Israel, hingegen große Möglichkeiten für Araber mit Spezialberufen, wie beispielsweise Steinmetzen.

Aufnahme der Araber in die Histadrut bedeutet einen neuen positiven Schritt in den arabisch-jüdischen Beziehungen, vor allem auch weil dieser schon symbolisch wesentliche Akt die bisherigen Stiefkinder des Schicksals in den vollen Genuss eines ausgebauten und für orientalische Verhältnisse epochalen sozialen Sicherheitssystems bringt.

### ***Histadrut-Fundamente unerschüttert***

Histadrut hatte unter dem Zwang der Verhältnisse Aufgaben übernommen, die jeder andern Gewerkschaft fernliegen. Heute werden sie als eine Errungenschaft der Arbeiter betrachtet und verteidigt. Vielleicht wird sie die eine oder andere Funktion – beispielsweise die Krankenversicherung – an den Staat abtreten. Im großen und ganzen aber dürfte es kaum jemandem gelingen, an ihren sozialen und wirtschaftlichen Fundamenten zu rütteln. Man darf nicht vergessen, daß eben die Männer, die heute Israels Geschicke an führender Stelle lenken, aus dem Gewerkschaftslager kommen und ihm bewußt weiter angehören.

*Alfred Joachim Fischer*

## **Der Zusammenbruch der ostzonalen Gewerkschaftspolitik**

**(Zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der Ostzone)**

Die sowjetischen Arbeitsrechtler stellten die These auf: Zwischen der Sowjet- oder volksdemokratischen Regierung und den Werk-tätigen bestehen keine Gegensätze; ihre Interessen wären identisch. Denn der Staat sei von den Arbeitern geschaffen, sei ihr Staat, die Betriebe in der Ostzone, die VEB (Volkseigene Betriebe) seien ihre, dem Volk und nicht Privateigentümern gehörende Betriebe. Ueber die Ge-

gensätze zwischen Arbeiter und Staat in Rußland konnte man verhältnismäßig nur wenig erfahren. Rußland war und ist noch heute von der übrigen Welt abgedichtet; seine Arbeiterschaft hat keine gewerkschaftliche Tradition. Von den großen Gegensätzen zwischen der Arbeiterschaft und dem Arbeitgeberstaat in den Satellitenländern erfuhr man in den Nachkriegsjahren weit mehr. Der Kampf der Gewerkschaftsführer in der Tschechoslowakei, in Polen, Ungarn usw. gegen das «Bummelantentum», der Kampf der Arbeiter gegen die Erhöhung der «technisch begründeten Normen» verschärfte sich dort immer mehr. Immer härtere Maßnahmen ergriffen die volksdemokratischen Regierungen gegen die Arbeiter in den Satellitenländern, zu denen die Ostzone auch gehört. Die Unzufriedenheit der Arbeiter in der Ostzone steigerte sich, weil hier die gewerkschaftlichen Traditionen sehr stark sind und die Arbeiter auf ihre in langen Kämpfen gewonnenen Errungenschaften nicht verzichten wollten und auch weiter nicht wollen. Als der Botschafter Semjonow, wahrscheinlich aus taktischen Gründen der sowjetischen Außenpolitik und nicht aus Sorge um die deutschen Arbeiter, das ostzonale Politbüro zwang, eine Wendung um 180 Grad zu vollziehen, den «neuen Kurs» zu veröffentlichen, nützten die Arbeiter, die oft genug vergebens auf die vom Politbüro jetzt zugegebenen Fehler aufmerksam machten und deren Beseitigung forderten, die neue Situation aus, um ihre Forderungen, vor allem gewerkschaftliche Forderungen, zu erheben, und verliehen ihren Forderungen in der eindrucksvollen Demonstration vom 17. Juni 1953 Ausdruck. Die überraschten Managers der Ostzone versteckten sich in ihre Mäuselöcher, bis die Verhängung des Ausnahmezustandes und die russischen Panzer der Demonstration der Arbeiter gegen die vom Kreml eingesetzte Regierung – wenn auch nicht sofort – ein Ende bereitete.

Aber ebenso wie die Minister der Ostzone ihre weichen Fauteuils nicht verlassen wollten, wollten auch die von ihnen eingesetzten, nicht etwa gewählten Gewerkschaftsführer auf ihre Stühle in den Büros nicht verzichten. Auch sie versuchen jetzt, ähnlich wie die Ulrichts und Grotewohls usw., die Arbeiter mit dem Märchen einzuschüchtern, daß die Erhebung vom 17. Juni 1953 ein von den westlichen Imperialisten vorbereiteter und angezettelter Putsch war, der die sogenannte Deutsche Demokratische Republik auslöschen und den dritten Weltkrieg auslösen sollte. Wenn Ulricht den Konflikt zwischen den Arbeitern einerseits und der Regierung und der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) anderseits einen «Familienstreik» nannte, so dürfte er doch wissen, daß auch Familienbande, selbst Ehen zerreißen, wenn die Partner sich nicht mehr verstehen. Aber die Ulrichts wollen die Arbeiter aus ihren Fangarmen nicht herauslassen, obwohl das eigentlich nicht von ihnen, sondern von ihren russischen Befehlshabern abhängt. Sie beschlossen daher, in die Betriebe zu gehen, ihre Fehler einzugestehen, die Arbeiter sich

**offen aussprechen lassen und neue Versprechen zu machen, die unter den heutigen Verhältnissen der Ostzone nicht verwirklicht werden können, um das Vertrauen der Arbeiter zu erbetteln, damit sie ihre Fauteuils nicht verlassen müssen.**

Die Erhebung vom 17. Juni 1953 in Ostberlin und in der Ostzone ist auf die Initiative der an der freigewerkschaftlichen Tradition hängenden Arbeiter, konkret der über die immer willkürlich erhöhten Arbeitsnormen erbitterten Arbeiter erfolgt. Sie war also gegen die bolschewistische Gewerkschaftspolitik gerichtet, die der Ostzone von den Sowjets aufgezwungen wurde, die, wie die Managers selbst eingestehen, zwischen ihnen und den Arbeitern eine Kluft zog. Zum Teil versuchen die Ulbrichts die Schuld für die Fehler, die sie gemacht haben, auf die Gewerkschaft abzuwälzen, denn die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter, von denen sie oft genug gewarnt und um Beseitigung der Fehler gemahnt wurden, hätten diese Fehler nicht zulassen sollen. Da die Gewerkschaftsführer aber ihr Amt den Ulbrichts und nicht einer freien Wahl durch die Betriebsarbeiter verdankten, also von den Managers abhingen, hatten sie nicht den Mut und auch nicht den Willen, auf die Stimme der Belegschaften zu hören.

Welche Sünden die Gewerkschaften gegenüber den Arbeitern begangen haben, erfährt man aus dem Artikel Kurt Meiers, des Sekretariatsmitgliedes des Bundesvorstandes der ostzonalen kommunistischen Gewerkschaften (FDGB), der in der «Täglichen Rundschau», dem Organ der russischen Kontrollkommission, erschienen ist. Die Gewerkschaften hatten zunächst dafür zu sorgen, daß die Arbeitsproduktivität durch Wettbewerbe, neuere Methoden usw. ständig steigen sollten, die der Masseninitiative der Arbeiter entsprangen und nur durch Masseninitiative zum vollen Erfolg kommen konnten. Nur dann könnte der Lebensstandard des ganzen Volkes erhöht werden. Kurt Meier entstellt die Tatsachen, wenn er von der Masseninitiative spricht, denn die Initiative zur Steigerung der Arbeitsproduktivität kam nie von den Arbeitern, wie wir später sehen werden, sondern von den Managers. Erst die zweite Pflicht der Gewerkschaften war, wie Kurt Meier schreibt, die täglichen Interessen der Arbeiter zu vertreten, ihre Vorschläge und Wünsche anzuhören und sich für ihre Verwirklichung einzusetzen. Nach Meier haben die Gewerkschaften sich nur für die erste Aufgabe, für die Steigerung der Arbeitsproduktivität eingesetzt. Ueber die Pflichten der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitern wurde viel geredet und geschrieben, aber praktisch, so schreibt Kurt Meier, viel zu wenig getan. Als echter Ulbrichtscher Kommunist warnt Meier die Arbeiter davor, die Ereignisse vom 17. Juni 1953, die ja eine Folge der oben zitierten Fehler waren, mit Schweigen zu übergehen, wie es jetzt die Arbeiter in den Betrieben tun. Die Arbeiter müßten, das betont Meier, ohne

Furcht vor Repressalien ihre Meinung sagen können, mit der Aussicht, beachtet zu werden. Die Gewerkschaften müssen sich gegenüber den Wirtschaftsleitern durchsetzen können. Viele Betriebsleitungen haben widerrechtlich und ungesetzlich die Löhne der Arbeiter zurückgestuft und ihre Urlaube verkürzt, den Arbeiterschutz vernachlässigt, sich mit einer ungenügenden Arbeitsorganisation abgefunden, die kulturellen Maßnahmen, zu denen sie sich in den Betriebskollektivverträgen verpflichtet haben, nicht durchgeführt und sich für viele Probleme, wie Werkküchen usw., nicht interessiert. Meiers Ausführungen sprechen eine deutliche Sprache, er hütet sich aber, auf die Hauptursache der wirtschaftlichen Katastrophe der Ostzone hinzuweisen, über die am Schlusse unseres Artikels die Rede sein wird.

Wochenlang dauerten die Betriebsversammlungen, in denen die Arbeiter die Tätigkeit der Gewerkschaften wie auch der Regierung und der SED einer scharfen, schonungslosen Kritik unterzogen. Die Managers der Ostzone schmissen mit Versprechen herum, die sie nicht erfüllen können. In der ostzonalen Presse wurden Leistungen versprochen, die Milliarden kosten müßten, über die die Ostzone nicht verfügt. Der Schluß der Ausführungen der Sünder aus der SED lautet immer: «Patriotische Leistungen» sind notwendig. Aber die Arbeiter stehen noch weiter den Managers ablehnend gegenüber, sie glauben nicht ihren Worten. Denn der «neue Kurs» wird mit den alten Methoden eingeleitet. Im Großdrehmaschinenbauwerk 7. Oktober fertigte der Revisor Schülke Ulbricht mit den Worten ab: «Die Botschaft hör ich wohl, doch fehlt mir der Glaube.» Die Arbeiterin Harmisch berichtete: «Manche glauben bei uns noch nicht an die weiteren Maßnahmen und Beschlüsse, die kommen werden.» Der Arbeiter Engelhardt erwiderte dem jetzigen Propagandaschef Axen, der im VEB-Funkenwerk II Köpenick die Fehler der SED zu rechtfertigen suchte, daß «viele Kollegen im Werk Nackenschläge bekommen und das Vertrauen zur Partei und Regierung verloren haben. Dieser Zustand ist nicht im Handumdrehen zu überwinden.»

Die Arbeiter, die zur Kritik aufgefordert wurden, machten von dieser ausgiebigen Gebrauch. Im Mansfelder Bergbaukombinat mußte der Chef der Präsidialkanzlei vom Bergmann Hasse hören, daß er wegen Bemerkungen, die er über die Aktivisten machte, wider das Gesetz, kurzerhand fristlos entlassen wurde. Im VEB Funkenwerk II in Oberschöneweide erklärte der Arbeiter Zimmermann: «Wir sind in den letzten Jahren so oft vor den Kopf gestoßen worden, daß wir dachten: „Halt das Maul, es hat doch keinen Zweck.“»

Wie schätzen die Arbeiter die Gewerkschaften und ihre Funktionäre ein, die plötzlich über Nacht vollste Sorge um den Menschen bekunden? Der Arbeiter Kreisel im VEB-Großdrehmaschinenbauwerk 7. Oktober warf den Gewerkschaftsfunktionären vor, daß sie am «grünen Tisch sitzen» und Berichte schreiben, die doch nicht stimmen. Im Werk für Fernmeldewesen HF in Berlin-Köpenick sprach

ein Arbeiter das vernichtendste Urteil über die Gewerkschaften aus: «*Die Gewerkschaft in unserem Betrieb war überhaupt bisher nur ein Anhängsel der Betriebsleitung.* Um die persönlichen Belange der Kollegen, um die Meinung der Belegschaft haben sich die Funktionäre sehr wenig gekümmert.» Im Werk III der Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke sprach Herbert Warnke, der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB. Warnke charakterisierte die unter seiner Leitung stehenden Gewerkschaftsfunktionäre: «Viele von ihnen kennen nicht die aus den Gesetzen resultierenden Rechte der Arbeiter, auch nicht die Arbeiterschutzgesetze. Behördliche und betriebliche Stellen verletzten die Gesetze. In der Großschmiede Roßwein erfuhr Matern, daß der zweite Parteisekretär im Betrieb, der Genosse Ernst Filthut, den Standpunkt vertritt, *die Gewerkschaften brauche man nicht so wichtig zu nehmen*, weil die Beschlüsse der Regierung von der Partei verwirklicht werden. Das ist zweifellos der Standpunkt des Politbüros der SED, die Gewerkschaften sind nicht nur ein Anhängsel der Werkleitungen, sondern auch der SED.

Den Arbeitern sind die «technisch begründeten Arbeitsnormen» verhaßt, mit ihrer Hilfe preßt die SED die Arbeiter aus, senkt ihre Löhne, indem sie sie zurückstuft, das heißt in eine untere Ortsklasse versetzt. «Normen», wurde der Referent Kuva von einem Bauarbeiter in der Bauarbeiterversammlung belehrt, «können nur an Ort und Stelle und nicht am grünen Tisch festgesetzt werden.» Im Bauwesen gibt es, wie diese Arbeiter sagten, 6000–7000 Normen. «Die Berechnungen sind so kompliziert worden, daß ein Kollege der Brigade in der Woche extra einen Tag von der Arbeit freigestellt werden muß, um die notwendigen Berechnungen vorzunehmen. Wenn aber der Arbeiter selbst nicht ausrechnen kann, wieviel er verdient, ist es nicht richtig.» Der Brigadier Jänischer erzählte in derselben Versammlung, wie es um die Freiwilligkeit der Normen bestellt ist. Seine Brigademitglieder haben im Mai 1953 die Erhöhung der Normen abgelehnt. Nach zehn Tagen erhielten sie Listen, auf denen sie die «freiwillige Zustimmung» zur Erhöhung der Normen geben sollten. In der Versammlung in Leipzig erzählte der Arbeiter Michalak, wie die Normenerhöhung vorgenommen wird. «Sie werden diktatorisch festgelegt. Die alten Normen werden durchgestrichen und die neuen eingesetzt.»

Die Löhne sind ungerecht, denn sie nehmen keine Rücksicht auf die qualifizierten Leistungen, klagte Kammer, der Oberbuchhalter des Leunawerkes. Der Lehrer der Betriebsberufsfachschule Pabst erzählte, wie seine Erhöhung vom Januar 1953 illusorisch wurde, weil er in eine untere Ortsklasse versetzt wurde. Bei Siemens-Plania rief der Arbeiter Klietsch voll Bitterkeit: «Uns fragt niemand, ob wir zurecht kommen.»

Große Entrüstung herrscht bei den Arbeitern über die Verteilung der Prämien. Der Arbeiter Krebs wies bei Siemens-Plania auf die

**Bevorzugung der Intelligenz hin, die Quartalsprämien erhalten.** Diese Prämien erhalten viele, die das Technikum nicht absolviert haben und zur Intelligenz nicht einmal gehören. Er schloß seine Rede mit einem Satz, der auf die Lage der Arbeiter «im Arbeiterstaat» ein gretles Licht wirft: «Man soll aufhören, zu glauben, daß es außer Intelligenz nur Dumme im Betriebe gibt.» Dem Referenten Kuba wurde bei den Bauarbeitern entgegengehalten, daß ein Wirtschaftsleiter im Widerspruch zu den Vorschlägen der Kommission die Prämien nur an jene Arbeiter verteilte, die «ideologisch richtig ausgerichtet sind.»

Wie sich die von Rußland importierten «fortschrittlichen» Arbeitsmethoden auf die Arbeitsorganisation auswirken, schilderte ein Arbeiter im Funkenwerk II in Oberschöneweide: «Die Arbeiter verlangen einen geregelten Arbeitslauf, einen richtigen Materialfluß, damit sie nicht «ein halbes Jahr die Däumchen drücken und im andern halben Jahr sich überschlagen müssen.» In der Versammlung der Bauarbeiter in der Stalin-Allee, die den Anstoß zur Demonstration am 17. Juni 1953 gegeben haben, wo der Vorsitzende des Bundesvorstandes, Warnke, persönlich um das Vertrauen der Arbeiter warb, erklärte Zemke, daß die den Bauleitern und Polieren übergebenen Pläne und Bauzeichnungen sehr schlecht sind: «So eine Zeichnung ist für uns oft ein Kreuzworträtsel.» In der Versammlung der Bauarbeiter, wo Kuba referierte, verurteilte ein Arbeiter, daß die Dekorationen am 1. Mai Unter den Linden mit rotem Manchester gemacht wurden: «Man darf nicht dicke tun, wenn die Arbeiter keine Manchesterhosen auf dem Hintern haben.»

Diese wenigen Auszüge aus den Diskussionen in den Betrieben zeugen von dem weiter anhaltenden Mißtrauen der ostzonalen Arbeiter, die sich weder durch das Märchen von den Provokateuren am 17. Juni 1953 einschüchtern noch mit billigen, unaufrichtigen Versprechen abspeisen lassen. Die feindselige Atmosphäre gegenüber den Managers und ihren Handlangern hält an, sie wird sogar stärker. Vergebens warnen einsichtsvollere Kommunisten davor, die Arbeiter weiter mit dem Märchen von den Provokateuren abzuspeisen und die dringendsten Forderungen der Arbeiter zu ignorieren. Der Schriftsteller Strittmälter richtete, wie viele andere, einen Brief an Ulrichs «Neues Deutschland», den er mit folgendem Satz schloß: «Man müsse erkennen, wie unrichtig es ist, wenn wir nur von Provokateuren sprechen und die Kritik an uns selbst vertagen.» Aber die Managers ignorieren die Mahnung und «schlüffeln», wie ein Berliner Bankbeamter in der Versammlung seiner Belegschaft sagte, «wer von den Kollegen während des 16. und 17. Juni wohl aus dem Fenster nach den Demonstranten geguckt hat.»

Die wahren Ursachen der Erhebung in Ostberlin und in der Ostzone, die Ursache ihres wirtschaftlichen Niedergangs, die das Ergebnis der sowjetischen Politik in der Ostzone ist, ist aus der Ver-

öffentliche Wirtschaftsabteilung der Uno in Genf, «Economic Survey of Europe since the War» (Die europäische Wirtschaft seit dem Krieg), die 1953 erschienen ist, zu ersehen. Im Jahre 1951 wurden in Westeuropa durchschnittlich 20 Prozent des Sozialproduktes investiert. In den osteuropäischen Staaten 19,3 Prozent (in der Tschechoslowakei 24,7 Prozent, in Ungarn 24,5 Prozent, in Polen 19,4 Prozent). Aber in der Ostzone nur 8,8 Prozent. Diese niedrige Zahl bezieht sich auf die sogenannten Brutto-Investitionen, die sowohl die Neuerrichtung von Betrieben zur Erweiterung der Produktion wie auch den Verschleiß der Produktionsanlagen umfassen. Daraus ist zu ersehen: die recht geringe Erweiterung des ostzonalen Produktionsapparates erfolgt auf Kosten einer starken Vernachlässigung des Ersatzes für den Verschleiß der Maschinen. Die Konzentrierung auf «Schwerpunkte» der Industrie hat eine Vernachlässigung der andern Industriezweige zur Folge. Darauf sind die Klagen der Arbeiter, sie können mit den abgenützten Maschinen die Produktion nicht erhöhen, zurückzuführen.

Die Produktionsleistung der ostzonalen Arbeiter hat sich aber trotzdem erhöht. Der Produktionsindex betrug im Jahre 1951 auf der Basis von 1938 = 100, in der Ostzone 115, in der Bundesrepublik 113; auf der Basis von 1948 aber in der Ostzone 184, in der Bundesrepublik 218. So steht die Produktionsleistung in schroffem Gegensatz zu den äußerst niedrigen Investitionen der Ostzone.

Zieht man die elende Lebenshaltung der ostzonalen Arbeiter noch in Betracht, so erkennt man, in welch hohem Maße die russischen Reparationen die Ostzone ausplündern. Die Russen holen aus der Ostzone heraus, was sie nur können, drosseln die Wirtschaftsvorhaben auf lange Sicht. Die Ostzone ist eine Kolonie Rußlands im vollsten Sinne des Wortes; die ostzonalen Arbeiter wurden acht Jahre um die Früchte ihrer Arbeit gebracht. Hier liegt die Ursache für die Erhebung der Arbeiter.

So ist die bolschewistische Gewerkschaftspolitik in der Ostzone zusammengebrochen, sie hat zur Isolierung der Arbeiter von den Managers beigetragen. Von diesem Schlag kann sich der FDGB nicht mehr erholen. Die Arbeiter haben sich gegen das bolschewistische Regime erhoben, mit dem der FDGB auf Tod und Leben verbunden ist. Russische Panzer griffen ein, um Moskaus Vögte in der Ostzone zu schützen. Aber das Vertrauen der Arbeiter zu den Befehlsempfängern in der Ostzone können die russischen Panzer nicht wiederherstellen.

*M. Bardach.*